



Stamm Nr.

- 178-200
- 201-220
- 221-250
- 251-267
- 268-285
- 286-308
- 309-340
- 341-370
- 371-392
- 393-426
- 427-450
- 451-470
- 471-500
- 501-527
- 528-540/551-560
- 561-591
- 592-610
- 611-640
- 641-670
- 671-700
- 701-711

Bezugs-Preise
 Monat, einchl.
 Trägerlohn N. 1.60
 Einzelnummer 10 J
Ercheit an
 Jed. Werktag
 Verbreitete Zeitung
 im N. M. Bez. Nagold.
 In Vollen hül. Gewalt
 besteht kein Anrecht
 auf Lieferung d. Zeits.
 oder auf Rückzahlung
 des Bezugspreises.
 Telegramm-Adress:
 Gesellschaft Nagold.
 Postfach-Raum
 Stuttgart 5113.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

mit der Unterhaltungs-Beilage
„Unsere Heimat“

Nagolder Tagblatt

mit illustrierter Sonntags-Beilage
„Feierstunden“

Satz- und Druck-Verlag von G. W. Zaiser (Borstal) Nagold

Anzeigen-Preise
 Die einseitige Seite
 aus gewöhnl. Schrift
 od. deren Raum 12 J
 Familien-Anz. 10 J
 Nekrolog-Beil. 30 J
 Kollektionenzeigen
 50 % Nachschlag.
 Für das Ersetzen
 von Anzeigen in be-
 stimmten Ausgaben
 und an besonderen
 Tagen, wie für tele-
 phonische Aufträge u.
 Chiffrenzeigen kann
 keine Gewähr über-
 nommen werden.

Nr. 40

Geegründet 1826.

Mittwoch den 18. Februar 1925

Preis pro Nr. 20.

99. Jahrgang

Tagespiegel

Der Versuch zur Bildung der großen Koalition in Hefen ist gescheitert.
 Auf die Anfragen im englischen Unterhaus, wann das Kölnner Gebiet geräumt und ob der „Schlagbericht“ der Heberwachungskommission veröffentlicht werde, gab Erstaussminister Baldwin ausweichende Antworten.
 Auf der Tagung des Völkerbundes im März in Genf wird der englische Außenminister Chamberlain den Vorschlag führen, die vom Völkerbund vorgesehene Abrüstungs-konferenz würde aber erst im Herbst stattfinden können.
 Zum Präsidenten des finnischen Reichstags wurde der Abgeordnete Relander (Agrarier) gewählt.
 Das japanische Außenministerium bestreitet entschieden, daß der in Berlin veröffentlichte Bericht von einem russisch-japanischen Militärabkommen zutreffend sei.
 Die amerikanischen Flottenmandate werden mit Zustimmung des Präsidenten Coolidge bei Hawaii im Stillen Weltmeer, mit Einbürgerung des Vorkriegs, abgeschlossen. Der Plan ist, die Hawaii-Inseln zu erobern, die von einem Landwehret verteidigt werden.
 T: Wahabiliten beschließen die Stadt Djeddah (Arabien).

Der unlauntere Friede

Im Verlag der Gesellschaft Union in Weiland hat der frühere französische Generalkonsul und Ministerpräsident Alcide Debray ein Buch „Der unlauntere Friede“ veröffentlicht, in dem er zunächst eine klare Darlegung der Vorgeschichte des Krieges gibt und von der ebsährlichen Schuldfrage spricht. Die Behauptung der Schuld Deutschlands bleibe eine Lüge, auch wenn sie durch die sprechliche und erfolgrichte deutsche Unterchrift im Artikel 231 des Tauschungsvertrags von Versailles beglaubigt werde. Im übrigen beginnt, schreibt Debray, als die Friedensverträge, insbesondere der von Versailles und St. Germain, unterschrieben wurden, sich erst das Dunkel zu lüften, welches über Ursachen und Verantwortlichkeit am Krieg lagerte. Hätten man selbst die Besiegten ihre Schuld freiwillig eingestanden und nicht unter dem Druck der Forderungen, dann hätten sie dies in Urkenntnis des Leidens gelang. Darum ist das den Besiegten erprecht Geständnis ohne jeden moralischen, politischen oder geschichtlichen Wert und darf eine gewissenhafte Prüfung der Verantwortlichkeiten nicht verhindern.
 Debray zeigt weiter, wie die 14 Punkte des Präsidenten Wilson, welche als Grundlage des Friedens und des Waffensstillstands von der Entente und von Deutschland hierlich angenommen, nicht eingehalten wurde. In seinen Augen bildet der Pakt vom 5. November 1918 die Grundlage des Friedens. In diesem Log gab der amerikanische Staatssekretär Lansing der deutschen Regierung bekannt, daß Präsident Wilson die zustimmenden Antworten der verbündeten Regierungen erhalten habe auf seinen Vorschlag, den Frieden auf Grund der von ihm entworfenen und von Deutschland angenommenen Bedingungen zu schließen. Debray zeigt an Hand der Akten, daß es sich um genau festgelegte Bedingungen des Präsidenten handelte und nicht etwa um den dehnbaren Begriff von Grundlagens, die man willkürlich erweitern oder gar verändern durfte! Daß dies auch die Auffassung der verbündeten Mächte um diese Zeit war, beweist er durch den Hinweis, daß die Mächte in ihren Zusammenfassungen nur zu einem einzigen Punkt der Wilsonschen Bedingungen ihren Vorschlag machten, nämlich zum Artikel 2, welcher von der Freiheit der Meere handelte.
 Daß man, nachdem Deutschland in gutem Glauben die Waffen niedergelegt und ausgeliefert hatte, diese Bedingungen nicht eingehalten habe, sondern den wehrlosen, am Boden Liegenden Gegner unter dem Druck einer widerrechtlich fortgeführten Hungersnot und willkürlichen militärischen Besetzung zwang, die Bedingungen des Versailler Vertrags zu unterzeichnen, welche nicht nur den Bedingungen des Pakts vom 5. November 1919 ins Gesicht schlugen, sondern absichtlich darauf gefaßt waren, daß ihre Ausführung unmöglich blieb, bezeichnet Alcide Debray mit dem Worte: **Felonie** und ergänt die Schwere seiner Beschildigung, indem er erklärt, daß ein solche Felonie begehen zu können, das deutsche Volk in einen Hinterhalt gelockt wurde!
 Wenn Kapitel seines Werks widmet Debray der sorgfältigen Untersuchung des infolge eines unlaunteren Friedens entstandenen allgemeinen Krankheitszustands, während er im 10. Kapitel mit Vorschlägen, wie dem Uebel zu begegnen, hervortritt, um die Genesung durch „einen wahren Frieden“ herbeizuführen.
 Unter Festhaltung der im französischen Volk anerkannten Forderungen nach „Sicherheit und Entschädigungen“ verweist er jede gewaltsame Lösung und sieht als einzig gangbaren Weg, die Gefahr eines drohenden Bergelungskrieges durch einen Ausgleich dauernd zu bannen! Einen solchen Ausgleich einzugehen gebietet, seiner Meinung nach, gerade das Interesse Frankreichs.
 Diese Forderung hätte in doppelterm Sinn zu erfolgen, sowohl bezüglich der Friedensbedingungen selbst, als auch in

bezug auf die Art und den Weis ihrer Durchführung, damit die Besiegten Staaten nicht mehr der Versuchung unterliegen, ihren unerträglichen Verden durch einen neuen Krieg ein Ziel zu setzen und damit feruer ihr Schicksal und nationaler Stolz nicht weiterhin durch das Auftreten der Sieger verlegt werde. Denn die Bedingungen des Ehrgeföhls sind oft heuernder als andere Bunden.
 Debray fordert zunächst, im Sinn des Selbstbestimmungsrechts, die Aufhebung des ungeschlichen Verbots der Vereinigung Deutschlands und Osterreichs. Er erblickt in der Aufhebung dieser Bestimmung nicht nur ein moralisches Verhandlungsmittel, sondern einen gerechten Ausgleich für die dem deutschen Volk verloren gegangenen Gebiete.
 Die weitere Forderung hat sich ganz besonders mit den ökonomischen und finanziellen Bestimmungen des Vertrags zu befassen, welche im Widerspruch mit den ursprünglich übernommenen Verpflichtungen den Besiegten untragbare Lasten auferlegen und feruer auf die Aufhebung jener Bestimmungen zu bestehen, welche einen Zustand der Ungleichheit und damit Ungerechtigkeit geschaffen haben.
 Debray geht davon aus, daß Deutschland vor allem nicht die Beiträge schuldet, deren Bezahlung man von ihm verlangt, weil diese Forderungen dem Pakt vom 5. November 1918 widersprechen und ihre Geltendmachung einen Vertragsbruch in sich schließt. Der zweite seiner Grundzüge ist für ihn in der Tatsache begründet, daß Deutschland nicht in der Lage ist, alles zu bezahlen, weil die Verbündeten durch Aufzählung einer unerträglichen Last es finanziell ruiniert haben. Endlich stellt er fest, daß der widerrechtliche Einbruch in das Ruhrgebiet den Ruin Deutschlands besiegelt hat, der mit der Unterschrift auf dem Versailler Vertrag bereits begann.
 Vor allen Dingen fordert er von seinen Landesleuten die Einschränkung der französischen Heeresausgaben, die seiner Ansicht nach wieder in so großem Ausmaß aufrecht erhalten werden, um angeblich die Forderungen Frankreichs an Deutschland einzutreiben und rückzustellen. Unter dem Hinweis darauf, daß Deutschland bis zum 30. April allein für die Befahrungskosten der Truppen im Rheinland 3828 Millionen Goldmark bezahlt habe, verlangt er die größtmögliche Verminderung dieser Truppen, deren Anwesenheit im überhen gänglich überflüssig wäre, sobald die Verpflichtungen Deutschlands auf ein erträgliches und ausführbares Niveau gebracht würden.

Das große war nur, wann und in welcher Weise die Verpflichtungen am vorteilhaftesten abgefaßt werden sollten. Durch eine schnelle Regelung bestand die Möglichkeit, der finanziell bedrängten Industrie Hilfe zu bringen und zugleich durch einen bedeutenden Nachschub ihrer Forderungen einen erheblichen finanziellen Vorteil für das Reich zu erzielen. Eine Ablösung in Form einer Anleihe hätte der Ruhr-Industrie keine wesentliche Hilfe gebracht, andererseits war die Kapitallage des Reichs in diesen Monaten für eine Verzinsung nicht günstig. So schloß man einen Vergleich durch den das Reich über 200 Millionen Reichsmark erspart hat gegenüber den tatsächlichen Forderungen der Industrie. Nach Abzug der gemachten Abschlagszahlungen und Steueraufrechnungen (seit November 1923) verblieb noch ein Betrag von 228 Millionen, wovon aber auch noch 110 Millionen durch Übernahme einer Anleiheverpflichtung des Reichs bei der Reichsbank abgedeckt worden sind, so daß nur eine Barabdeckung von rund 118 Millionen Reichsmark verblieb. Da in der Öffentlichkeit fälschlich verbreitete Meinungen, es seien plötzlich rund 700 Millionen Goldmark in der an die Schwerindustrie ausbezahlt worden, ist also unrichtig.
 Zur Zeit der Abfassung war der Reichstag auseinander und die Reichsregierung befand sich im Rücktritt. Den neuen Reichstag abzurufen und die entsprechenden Geschäfte einzubringen, hätte eine Verzögerung um Monate bedeutet, durch die das Reich jener Ersparnisse verlustig gegangen wäre. Mit Rücksicht darauf wurden die Zahlungen auf Grund einer Ueberführung des Reichshaushalts vorgenommen, für welche die Reichsregierung sich die nachträgliche Genehmigung durch den Reichstag erbitten wollte, da eine unabsehbare Notwendigkeit vorlag und der Reichstag nicht früher befragt werden konnte. Eine Behandlung dieser Dinge im Reichstag in der kritischen Zeit hätte natürlich bei der Art der Angelegenheit nur zu leicht dazu geführt, daß die Gegner ausdem ihren Forderungen stark erhöhte und noch größere Leistungen aus dem besetzten Gebiet herausgepreßt hätten.

Neue Nachrichten

Stresemann über den Streit mit Rumänien

Berlin, 17. Febr. Reichsausschuss des Bundtags Ausschuss über den schwedischen Streit mit Rumänien. Während der Besetzung Rumäniens durch die deutschen Truppen im Krieg waren im Auftrag der deutschen Regierung von der Banca Generala in Bukarest Goldnoten in Höhe von rund 3 Milliarden bei ausgegeben worden, die von der rumänischen Regierung später durch Noten der Nationalbank eingelöst wurden. Die rumänische Regierung verlangt nun von Deutschland die Entschädigung dieser Noten in Geld und außerdem weitere Entschädigungen, obgleich Rumänien im Vertrag von Versailles eine Kriegsenthaltung in beträchtlicher Höhe zugesprochen war. Rumänien will sich auch mit der endgültigen Entschädigungsregelung durch den Dawesplan nicht zufriedengeben und droht, das Eigentum der in Rumänien lebenden Deutschen wegzunehmen. Reichsausschuss teilte mit, die Verhandlungen über die rumänischen Ansprüche auf Rücklieferung von Vieh, Eisenbahnwagen usw. haben sich verzögert, weil die Ansprüche übertrieben waren. Bezüglich der Rückerstattung von Vermögenswerten sollen gemeinsame Verhandlungen zwischen Deutschland, Osterreich, Ungarn und Rumänien in Wien stattfinden. Bezüglich der Geldnoten haben schon 1921 und 1922 Sonderverhandlungen stattgefunden, obgleich der Vertrag von Versailles Deutschland nicht verpflichtet, diese Noten einzulösen. Das deutsche Angebot, einen bestimmten Betrag zu zahlen, wenn Rumänien auf die Einziehung des deutschen Eigentums verzichte, sei abgelehnt worden. Nun verlange Rumänien, nachdem keine Sonderforderungen von der Pariser Finanzministerkonferenz abgelehnt waren, daß Deutschland neben seinen Daweszahlungen noch besondere Zahlungen an Rumänien leistet. Das Stehe in Widerspruch mit dem Dawesplan, wenn Rumänien trotzdem widerrechtlich Gewaltmaßnahmen anwenden würde, so würde auch Deutschland freie Hand haben. Die Reichsregierung würde es bedauern, wenn durch derartige Maßnahmen die Beziehungen zwischen beiden Ländern in so schwerer Weise beeinträchtigt werden müßten.

Die Denkschrift über die Ruhr-Entschädigung

Die dem Reichstag von der Reichsregierung zugeleitete Denkschrift über die Entschädigung der Ruhr-Industriellen stellt zunächst fest, daß die Zahlungen nicht bloß den großen Industriegruppen des Ruhrgebiets zugefunden worden sind, sondern gleichzeitig auch der großen Zahl kleiner und kleiner Gewerbebetriebe, soweit sie von der französisch-belgischen Ingenieurkommission in den sog. Nebenverträgen gezwungen waren, für das Reich Entschädigungsleistung zu übernehmen oder soweit sie durch andere Maßnahmen der Besetzungsbekörderung geschädigt worden sind. Nach Einstellung des passiven Widerstands hatte der damalige Reichskanzler Stresemann die Bereitwilligkeit ausgesprochen, die Entschädigungsleistungen wieder anzunehmen, das Reich war aber finanziell dazu nicht in der Lage. Da entschloß sich zuerst die Ruhrkohlenindustrie durch Anspannung ihres privaten Kredits, die Zwangskohlenlieferungen auf sich zu nehmen unter der Voraussetzung, daß das Reich ihr später Ersatz leiste. Auch der Verband der Bergarbeiter trat diesem Angebot bei, da nach seiner Auffassung sonst die Abschänkung des Rhein- und Ruhrgebiets und der Zusammenbruch unvermeidlich gewesen wäre. Für die Reichsregierung gab es sich von selbst, der bedrängten Ruhrbevölkerung zu helfen, deshalb nahm sie das Angebot der Industrie an und stimmte dem von Geheer-Ausschuh unter Führung von Hugo Stinnes geführten Verhandlungen mit der Ingenieurkommission zu, indem die von der Industrie übernommenen Kosten auf gewisse Reichssteuern ausgerechnet und darüber hinausgehende Leistungen eine Vergütung bewilligt wurde, die zunächst gutgeschrieben und nach Ordnung der Reichsfinanzen durch Anleihe oder in anderer Weise erstattet werden sollte. Dieses Verfahren wurde in der Kabinettsitzung vom 20. Oktober 1923 gebilligt. Die Verpflichtung des Reichs zur Rückzahlung ist also unbedenklich und sie entspricht auch den einfachsten Forderungen der Gerechtigkeit.

Der rumänische Gesandte in Berlin

Der rumänische Gesandte in Berlin übergab dem Hiesigen Amt eine Note der rumänischen Regierung, in der die ungesäumte Erfüllung der rumänischen Forderungen verlangt wird.

Neue Lohnbewegung in Berlin

Berlin, 17. Febr. Die Gewerkschaften haben laut „Vorwärts“ beschlossen, einen neuen Lohnkampf einzuleiten und gegebenenfalls den Generalkonflikt auszurufen.

Schändtaten marokkanischer Soldaten

Frankfurt a. M., 17. Febr. Am Waisner bei Griseheim wurde ein Postbeamter mit seiner Frau von zwei marokkanischen Soldaten ermordet.

...ten der staatl. Forst-
11 Uhr
 ...nnen, Wenn möglich
 unarrubren Zeitminuten
 Monat.
 ...einderat:
 ...ibmann.

**en u.
 chen**
 ...baumfchulen
 ...t.
 ...pfsbaumschulen.

(Dötes-)
fe
 Auswahl
 ...ht
Zaiser.

Taschenbibeln
 ...ist vorrtig bei
Buchhandlg. Zaiser.
 ...Zaiser, Buchhandlung.

en Merkur in
 ...Kostenvor-
 ...20, zugefien.



Handelsnachrichten

Berliner Geldmarkt. Die Schwierigkeiten für die Gelddarstellung für die kleinen Firmen und für langfristige Kredit...

Wirtschaftsbildungskurse des Verbands reisender Kaufleute. Der Verband reisender Kaufleute Deutschlands hält vom 11. bis 21. März d. J. im Anschluß an die Leipziger Messe einen...

Zusammenfassung der amerikanischen Bankkredite. Die Verhältnisse haben die amerikanischen Banken deutschen Regierungskredit...

Stuttgarter Weiz. 17. Febr. Die Liefersicherheit hat sich heute noch verschärft. Neue Antragsungen lagen nicht vor, es war weder eine besondere Kauf- noch Verkaufsmenge vorhanden.

Stuttgarter Weiz. 17. Febr. Weizen märk. 25-26, Roggen 25-26, Wintergerste 21.50-24, Sommergerste 24.50 bis 27, Hafer 18.70-19.50, Weizen- und Roggenmehl 34.50

Märkte

Stuttgarter Schafschlachmarkt. Dem heutigen Markt waren zugewiesen: 28 Döner, 8 Bullen, 200 Jungbullen, 192 Jungschaf...

Table with market prices for various goods like cattle, sheep, and wool. Columns include item names and prices.

Mittw. 17. Febr. Schlachtlebendmarkt. Zufuhr: 8 Ochsen, 6 Ferkel, 12 Kälber, 15 Ferkel, 84 Kälber, 129 Schweine...

Schweinepreise. Milchschweine 52-70 d. P. - Göttingen: Käufer 100-160, Milchschweine 60-80...

Rechtliche. Kelen: Weizen 14-16, Roggen 11.50-12.10, Gerste 13.25, Hafer 10-11.50, Erbsen 12...

Stuttgarter, 17. Febr. Weinverkäuferschutz. Die Weinverkäuferschutz der Unterländer Weingärtner-Gesellschaft in der 'Obere Ebene' hatte folgendes Ergebnis...

Rottenburg, 17. Febr. Hopfen. In den letzten Tagen wurden auf dem Land von einer besseren Ernte drei Vollen...

Holzverkäufe. Grobhandlungen: Buchen 18, Tannen 10 d. d. Mtr. Buchenmellen 35 d. d. Lot, zu 50 Stück gefascht...

Postausgabe. Eine Mitteilung der Fa. Gebr. Benz, Löwen-Drogerie hier bei, auf die wir in unserer...

Advertisement for 'Eichen-Berkauf' (Oak Sale) by Gültstein Coertanus Vetzberg. Includes details about the sale of 70 pieces of oak and sections for 62, 62, and 72 M.

Advertisement for 'Hopfenstangen' (Hop Stems) by J. Kempf, Privatmann. Lists prices for different classes of stems.

Advertisement for 'Heu und Dehmd' (Hay and Straw) by Döiger. Promotes a new, fully revised edition of a book on homeopathic medicine.

Advertisement for 'Gesucht Fräulein' (Sought Miss) by Georg Köbele, Bürobedarf, Nagold. Seeking a stenographer and typewriter operator.

Advertisement for 'Nehme Klavier in Miete oder Kauf' (I take piano for rent or purchase) by Lehr-Verträge, Buchhandlung Zaiser, Nagold.

Large advertisement for 'Gummi-Mäntel' (Rubber Coats) by M. Schloss in Nagold. Features an illustration of a man in a rubber coat and lists various sizes and prices.

Advertisement for 'Zusammenlegb. Notenständer' (Collapsible Music Stands) by Buchhandlung Zaiser, Nagold. Includes a list of prices for different models.

Advertisement for 'Reichs-Lieder' (Imperial Songs) by Buchhandlung Zaiser, Nagold. Promotes a collection of songs for the German Reich.

Advertisement for 'Klammern' (Brackets) by National-Verlag. Promotes a collection of brackets for various uses.

Advertisement for 'Generalversammlung' (General Assembly) by Löwen-Drogerie. Announces a meeting on Sunday, Feb 21.

Advertisement for 'Korsetten Reformleibchen Brusthalter Hüftenhalter Untertailen Bringinger' by Nagold. Promotes various types of corsets and undergarments.

Advertisement for 'Toilette- und Badeartikel' (Toilet and Bath Articles) by Löwen-Drogerie Nagold. Lists various toiletries and bath products.

Advertisement for 'Benützen Sie die Samstagnummer' (Use the Saturday issue) by Buchhandlung Zaiser, Nagold. Promotes the Saturday issue of the newspaper.

Advertisement for 'Abreiß-Kalender' (Tear-off Calendar) by Buchhandlung Zaiser, Nagold. Promotes a calendar for the year 1926.

Bezugs-Preise. Einzelnummer 10. Erlaubt an jed. Werkzeuge. Verordnungs-Verzeichnis im D.R.-Ver. Nagold.

Nr. 41. Die räumliche Grenze, die geographischen Grenzen...

Bei Wohlwollen zu blühender Zukunft und den Sozialen. In Sofia wurde ein neues Gebäude für die Vereinigten Staaten...

Herriot. Die derzeitige trübste Erinnerung der Kammer...

Was liegt vor oder vielmehr vor einem Jahr 100 Millionen hin in einen Wandel...

die Samstagsnummer des 'Weichschaffer'. Die Reichshalt seit dieser Nummer ist Ihnen die beste Gewähr...

Die beliebtesten Musterblätter für Kunst-Strickarbeiten sind in großer Auswahl zu 30 Pfg. das Blatt vorrätig bei Buchhandl. Zaiser.